

Pressekonferenz GEW BW, 05.09.2023, 11 Uhr, Medienzentrum Landtag

**Landespressekonferenz
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg (GEW)
am 5. September 2023 in Stuttgart**

**Schuljahr 2023/2024: Bildung. Mutig. Los!
Statement der GEW-Landesvorsitzenden Monika Stein**

Hinweise zu weiteren Terminen:

23.09.2023: Bundesweiter Aktionstag Bildungswende- <https://schule-muss-anders.de/bildungsprotest-2023/>

25.11.2023, Karlsruhe: GEW-Tagung "Ganztag in der Grundschule – Bildungsgerechtigkeit gestalten"- www.gew-bw.de/veranstaltungen/detailseite/fachtag-ganztag-in-der-grundschule

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Anwesende,

am 11. September beginnt das neue Schuljahr – Schüler*innen, Lehrkräfte, pädagogische Assistenzen, Verwaltungspersonal, Hausmeister*innen, Schulsozialarbeitende, Betreuungskräfte, Schulpsycholog*innen, Eltern und alle anderen am Schulalltag Beteiligten erwarten Erlebnisse zum Erinnern, Herausforderungen zum Wachsen, gemeinsames Lachen, Lernen und Leben.

Auch dieses Schuljahr wird durch mehrere **Krisen** geprägt sein; ich benenne hier nur drei davon:

Seit dem 24. Februar letzten Jahres sind zahlreiche Menschen auf der Flucht vor dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine nach Baden-Württemberg gekommen, darunter zehntausende Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter. Zeitgleich treffen zahlreiche geflüchtete Kinder und Jugendliche aus anderen Krisenherden der Erde trotz aller Abschottungsmaßnahmen an den EU-Außengrenzen auf der Suche nach Schutz bei uns ein. Allen muss klar sein: Unsere Bildungseinrichtungen stehen langfristig vor der Aufgabe, Menschen aus anderen Ländern aufzunehmen und zu integrieren. Das ist keine Bedrohung, sondern eine Chance für unsere Gesellschaft, für die wir unsere Kitas, Schulen und Hochschulen fit machen müssen.

Ebenso hat der Sommer uns nur zu deutlich vor Augen geführt, dass der menschengemachte Klimawandel real und Deutschland und auch Baden-Württemberg deutlich zu schlecht auf ihn vorbereitet sind. Die Sanierung der Schulgebäude ist eine milliarden schwere Herausforderung.

Gleichzeitig macht sich der demographische Wandel – und mit ihm der Lehrkräftemangel – mit einer Deutlichkeit und Schnelligkeit bemerkbar, die viele Menschen in Entscheidungspositionen zu überraschen scheint. Die Reaktion der Landesregierung ist insgesamt deutlich zu verhalten. Die uns allen bekannte Werbekampagne des Kultusministeriums Anfang August hat einige Verwerfungen mit sich gebracht. Wäre dieses Geld nicht besser in einer Stärkung der Bildungsinstitutionen, einer

Personalplanung mit Weitsicht und einen wertschätzenden und fürsorglichen Umgang mit den Kolleg*innen angelegt?

Drei Fragen gebe ich daher der Landesregierung heute mit:

Erstens: Was brauchen unsere Schulen langfristig, um ihren Schüler*innen trotz aller gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen gute Bildung bieten zu können?

Die aktuellen Krisen setzen unser Bildungssystem unter Druck. In **Bildungsinstitutionen am Limit** können Kinder und Jugendliche nicht optimal gefördert und begleitet werden und werden soziale Ungleichheiten verstärkt, wie wir immer wieder durch Studien bestätigt bekommen. Gleichzeitig kann eine Gesellschaft kommende Krisen besser bewältigen, wenn sie viele gut ausgebildete Menschen und keine Bildungsverlierer*innen hat. Wir wollen, dass unsere Bildungseinrichtungen besser ausgestattet werden, dass unsere Kitas, Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe krisenfest werden und die Landesregierung einen deutlich erkennbaren und spürbaren Handlungsschwerpunkt auch in finanzieller Hinsicht auf den Bildungsbereich legt.

Zweitens: Wie können wir die Fachkräftesituation der Zukunft gestalten?

Vor gut sechs Jahren, im Frühjahr 2017, hat die GEW Baden-Württemberg ein in ihrem Auftrag erstelltes Gutachten zur Errechnung des **Lehrkräftebedarfs** vorgestellt und der Landesregierung zur Verfügung gestellt. Im Oktober 2022 haben wir hier an dieser Stelle ein aktualisiertes Gutachten präsentiert, um den künftigen Lehrkräftebedarf prognostizieren zu können. Die Zahlen dieser Studien des Bildungswissenschaftlers Klaus Klemm zeigen: Wenn Baden-Württemberg seine Lehrkräfteausbildung bereits 2017 an der Bevölkerungsvorausschätzung des GEW-Gutachtens orientiert hätte, gäbe es sieben Jahre später (5 Jahre Bachelor- und Master-Studium plus Vorbereitungsdienst), also nächstes Jahr, in den Grundschulen und in den SBBZ des Landes keinen Lehrkräftemangel mehr. Vor dem Hintergrund dieser GEW-Gutachten ist die Behauptung, die Entwicklung der Schüler*innenzahlen sei nicht vorhersehbar gewesen, Unsinn.

Die aktuellen Einstellungszahlen der Lehrkräfte entnehmen Sie gerne, nach Schulart aufgeschlüsselt, unserer aktuellen b&w, die monatlich unsere 50.000 Mitglieder erreicht, in ihrem Material. Bis 2035 baut das Land einen enormen **Mangel an qualifizierten Lehrkräften** auf, weil die Landesregierung noch immer nicht reagiert hat. Stattdessen kursieren unglaubliche Gerüchte, dass in absehbarer Zeit ein Überhang an Grundschullehrkräften zu erwarten wäre. Wir raten dazu, den Zahlen des Klemm-Gutachtens vom letzten Jahr endlich zu vertrauen: Klaus Klemm hat 2017 nicht danebengelegt, bei seinen bundesweiten Studien nicht und auch die Zahlen von 2022 müssen im Interesse unserer Kinder ernst genommen werden. Wir brauchen endlich eine ehrliche und mutige Politik mit einer deutlichen Ausbildungs-offensive, damit nicht unsere Kinder und Jugendlichen, unsere Lehrkräfte, unsere Gesellschaft und auch die nächste Landesregierung ausbaden müssen, was diese Regierung ausgesessen hat.

Drittens: Wie begeistern wir Menschen für den schönsten Beruf der Welt?

Die Landesregierung wirbt mit diskussionswürdigen Kampagnen, für die sich im Haushalt Geld finden ließen, händeringend darum, Menschen für das Klassenzimmer zu begeistern. Gleichzeitig hat sie vor wenigen Wochen, zu Beginn der Sommerferien, erneut zwischen 4.000 und 5.000 **Referendar*innen** nach erfolgreicher Beendigung ihres Vorbereitungsdienstes in die Sommerferienarbeitslosigkeit

entlassen. Es würde das Land rund zehn Millionen Euro kosten, den Referendar*innen ihr Gehalt über die Sommerferien zu bezahlen. Das ist deutlich weniger als ein Tausendstel des Kultushaushalts. Hochqualifizierte Lehrkräfte, die wir so dringend benötigen, müssen schauen, wie sie über die Runden kommen – und wir wundern uns, dass nicht alle dankbar am ersten Schultag nach den Sommerferien in den Klassenzimmern in Baden-Württemberg starten? Wenn sie dort ankommen, stoßen sie auf Lehrkräftemangel, überlastete Kollegien und weiterhin schleppenden Fortschritt in der Digitalisierung.

#besterjobderwelt hieß der Slogan, mit dem die GEW auf der Bildungsmesse didacta im Frühjahr 2023 für den Beruf Lehrer*in geworben hat. Und mit dem sie die Rückmeldungen der jungen Pädagog*innen gesammelt hat, was alles besser werden muss in unseren Klassenzimmern. In der aktuellen Schulrealität erleben wir Bildungsinstitutionen am Limit. Wir erleben einen nicht mehr zu übersehenden und sich weiter zuspitzenden Fachkräftemangel. Wir erleben, wie motivierte, großartige Lehrkräfte und Schulleitungen den Schulen den Rücken kehren.

Die hohen Erwartungen, die wir an eine grüne Kultusministerin hatten, haben sich nicht erfüllt. Nach mehr als zwei Jahren Kultusministerium unter grüner Führung warten wir immer noch darauf, dass Bildung endlich die notwendige Priorität in der Landespolitik bekommt. Wollen die Grünen, dass es in zwei Jahren im Landtagswahlkampf heißt, ihre Bildungsministerin habe zu wenig Erfolge vorzuweisen, weil sie sich von ihrem Finanzminister und ihrem Kabinett bei notwendigen Investitionen stets ausbremsen lässt? Bei meinem Heimatverein SC Freiburg würde Christian Streich zur Halbzeit in der Kabinenansprache die Ansage machen, dass ab jetzt offensiv gespielt wird, weil sonst die Saison in die Hose geht. Unsere Kabinenansprache an Grün-Schwarz heißt: Strategiewechsel für eine mutige Bildungspolitik!

Meine weiteren **Themenschwerpunkte** für heute sind:

- I. Situation der Lehrkräfte
- II. Situation an den Schulen
- III. Ganztag und Bildungsgerechtigkeit
- IV. Schulleitung und -entwicklung

Ich werde mündlich nur einen Teil des Textes ausführen.

I. Situation der Lehrkräfte

Wir erleben seit Jahren einen sich zuspitzenden **Mangel an ausgebildeten Lehrkräften**. Je nach Schulart und Standort ist dieser Mangel noch gerade ausgleichbar bis dramatisch. Es gibt Schulen in Baden-Württemberg, die mit weniger als 50-Prozent Versorgung an ausgebildeten Lehrkräften auskommen müssen. Die Unterrichtsversorgung soll durch nicht voll ausgebildete Lehrkräfte, ab jetzt auch vermehrt durch Seiten- und Quereinsteiger*innen, aufrechterhalten werden. Dieses System ist nicht zukunftsfähig:

Die neu einsteigenden Kolleg*innen und auch die bisher schon eingesetzten, nicht als Lehrkräfte ausgebildeten Personen, brauchen beim Einstieg oder dauerhaft von anderen Lehrkräften **Unterstützung**. Diese erfahrenen, voll ausgebildeten Kolleg*innen machen das „nebenher“. Ohne eine Anrechnung dafür zu bekommen. Da aber die Arbeitsbelastung für Lehrkräfte und Schulleitungen spätestens seit den Coronajahren drastisch gestiegen ist, kann das nicht mehr lange gut gehen. Der Lehrkräftemangel darf in keinem Fall durch eine Erhöhung der Arbeitszeit oder durch weitere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen kompensiert werden. Zur Verbesserung der Attraktivität des Berufes ist stattdessen eine Entlastung der Lehrkräfte notwendig.

Die Landesregierung hat Programme für **Seiteneinsteiger*innen/Direkteinsteiger*innen** in Grund- und Sekundarschulen aufgelegt. Wir sind nicht erstaunt, dass sich nur wenige Menschen (wir reden von einer kleinen zweistelligen Zahl, die sich bis Anfang der Sommerferien gefunden hat) für diesen Weg beworben haben. Die Bedingungen der Programme sind nicht geeignet, um motivierte, belastbare und qualifikationswillige Menschen für den wunderbaren aber auch anstrengenden Beruf im Klassenzimmer vorzubereiten: Wir kritisieren unter anderem, dass die Seiteneinsteiger*innen im Grundschulbereich bereits nach zwei Tagen pädagogisch-didaktischem Input mit eigenverantwortlichem Unterricht starten. Als Vergleich: Ihre Kolleg*innen im regulären Vorbereitungsdienst, also diejenigen, die ein komplettes Grundschullehramtsstudium absolviert haben, starten erst nach einem halben Jahr Referendariat mit dem eigenverantwortlichen Unterricht.

Wir erwarten eine Nachbesserung der Programme und den Ausbau berufsbegleitender **Qualifizierungszeiten**. Und die Kolleg*innen, die uns als nicht ausgebildete Lehrkräfte schon seit Jahren den Hals retten, brauchen ausreichend Qualifizierungsangebote. Die Möglichkeit, pädagogische Kompetenz und Reflexionsfähigkeit individuell zu schulen, ist die Grundlage für einen dauerhaften und gesunden Verbleib als motivierte und qualifizierte Lehrkraft im System.

Wenn es darum geht, Seiten- oder Quereinstieg oder auch das Lehramtsstudium zu bewerben, so biete ich an dieser Stelle dem Kultusministerium eine Kooperation an. Eine fundierte, wertschätzende Werbekampagne, die die vielfältigen und auch fordernden Inhalte dieses wunderbaren Berufs transportiert, ist möglich. Lassen Sie uns gemeinsam dafür werben, dann gewinnen wir hoffentlich viele künftige Lehrer*innen, die wir so dringend brauchen.

Der Mangel an ausgebildeten Lehrkräften gestaltet nicht nur die Unterrichtsversorgung problematisch, sondern belastet alle, die in den Schulen, lehren, lernen und arbeiten: Lehrkräfte starten mit einem Arbeitsaufkommen weit über ihrer Belastungsgrenze ins neue Schuljahr, um den Schulbetrieb aufrecht zu halten. Durch die unzureichende personelle Versorgung sind notwendige Förderangebote oft nicht umsetzbar. Überall müssen zusätzliche Verwaltungs- und Organisationsaufgaben neben den Kernaufgaben übernommen werden. Dieser Zustand ist auf Dauer nicht verantwortbar und es ist die Pflicht der Landesregierung, hier alle Möglichkeiten zu nutzen, um genügend ausgebildete Lehrkräfte zu gewinnen:

Ich nenne hier nur einige Beispiele zur **Gewinnung von Lehrkräften**. In den Unterlagen finden Sie weitere Vorschläge. Darunter sind langfristig wirkende Maßnahmen, aber auch Ideen, wie kurzfristig die Situation an unseren etwa 4.500 Schulen verbessert werden kann. Unser Kultusministerium sollte sich ein Vorbild an den Verbesserungs- und Werbemaßnahmen anderer Bundesländer nehmen. Wir haben Ihnen einige Ideen anderer Bundesländer mitgebracht, damit Sie sehen können, dass durchaus auch kreativ-konstruktiv mit dem Problem umgegangen wird. Seit 2021 biete ich der Landesregierung wie Sauerbier einen Dialog über solche Maßnahmen an. Es wäre an der Zeit, liebes Kultusministerium, dass Sie dieses Angebot annehmen und wir gemeinsam überlegen, wie wir die Unterrichtsversorgung auch in Mangelregionen in Baden-Württemberg sicherstellen können. Wenn gesagt wird, dass die GEW keine Vorschläge macht, wie mehr Lehrer*innen eingestellt werden können, ist das falsch. Ideen benennen wir genug.

Zu den langfristigen Abhilfemaßnahmen gehört, dass in den extremen Mangelbereichen Grundschullehramt und Sonderschullehramt die Zahl der **Studienplätze** deutlich erhöht werden muss. Bis 2035 brauchen wir über 16.000 neue Grundschullehrkräfte in Baden-Württemberg.

Dieser Bedarf kann nicht aus Absolvent*innen des Grundschulstudiums in Baden-Württemberg gedeckt werden, wenn die Studienplätze nicht erhöht werden. Das Land ruht sich jedoch auf der Erhöhung um 200 Studienplätze für Grundschullehramt aus, die es vor fünf Jahren gegeben hat.

Wenn mir dann, wie vor zwei Wochen, von Bekannten erzählt wird, dass junge, engagierte und motivierte Menschen, die vom Grundschullehrkräftemangel wissen und sich aus Interesse und Verantwortungsbewusstsein für unsere Gesellschaft für das Studium beworben haben, eine Ablehnung erfahren, weil die Studienplätze nicht ausreichen, weiß ich gar nicht, wohin mit meinen Emotionen. Schnelles Handeln ist nötig, haben wir doch im Bereich des Sekundarlehramtes gesehen, dass die Entwicklung innerhalb kürzester Zeit von einem Überangebot an Bewerber*innen zu unbesetzten Studienplätzen umgeschwenkt ist. Es kann doch nicht sein, dass jetzt noch junge Menschen vor den Hochschulen stehen und nicht reingelassen werden. Und warum sind wir nicht mutiger und bilden wie noch vor 15–20 Jahren über dem Bedarf aus? Ist es schädlich, wenn sich teilweise auf eine freie Stelle auch einmal zwei Personen bewerben?

Noch unverständlicher ist die Untätigkeit der Landesregierung in der Sonderpädagogik. Das Bildungsrecht der Schüler*innen mit Behinderung an den SBBZ und in der Inklusion wird seit Jahren mit Füßen getreten. Dabei gäbe es einen einfachen Ausweg: Wie zu früheren Mangelzeiten könnte man Menschen mit ausreichenden Vorqualifikationen (z.B. anderes Lehramtsstudium oder affine Studiengänge) bei voller Bezahlung für ein existierendes 2-jähriges Aufbaustudium freistellen. Das würde in sehr kurzer Zeit für mehr voll qualifizierte Lehrkräfte sorgen. Das Konzept des Kultusministeriums zum Direkteinstieg ist demgegenüber eine Schmalspurqualifikation.

Auch bei den Beruflichen Schulen wird es immer knapper: Die ca. 1000 zu besetzenden Stellen können aus dem Vorbereitungsdienst Berufliche Schulen, durch den Direkteinstieg und aus dem Referendariat Gymnasium nicht alle besetzt werden. Bei jeweils rückläufigen Zahlen und gleichzeitig gestiegenen Schüler*innenzahlen auch durch Geflüchtete ist hier absehbar, dass das System nicht stabil ist.

Mittel- und kurzfristig muss der **Vorbereitungsdienst** attraktiver gemacht werden – und auch die Annahme einer Stelle in Baden-Württemberg! Das bedeutet, dass die Bezahlung im Referendariat verbessert und die Sommerferienarbeitslosigkeit nach dem Referendariat endlich beendet werden müssen. Auch die Inhalte, Strukturen und Prüfungsformate im Vorbereitungsdienst müssen modernisiert werden. Das sind einfache Aufgaben, die sich mit einem vergleichbar geringen finanziellen Aufwand schnell lösen lassen. Dieses Jahr haben wir am Landtag die Sommerferienbezahlung von Lehrkräften mit Sekt gefeiert. Wenn Referendar*innen nun auch über die Sommerferien bezahlt werden, stehen wir nächstes Jahr gerne wieder hier – dann aber mit Sekt und Häppchen.

Zum Thema Lehramtsausbildung: Wissenschaftsministerin Petra Olschowski hat am 26. Juli das Ergebnis der **Studie** vorgestellt, die analysiert, wie viele Menschen im Studium verloren gehen. Die also das erste Semester Lehramtsstudium beginnen und nicht als fertig ausgebildete Lehrkräfte in unseren Klassenzimmern ankommen. Damit hat sie nun den Ball in den Vorgarten des Kultusministeriums geworfen, denn die Studie des Wissenschaftsministeriums zeigt, dass unterdurchschnittlich viele Menschen im Studium zwischen dem ersten Semester und dem Abschluss abspringen. Das entbindet die Pädagogischen Hochschulen, die Unis und die Schools of Education keineswegs von der Verantwortung, durch eine Verbesserung der Studienbedingungen, optimierte Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel eine Bezahlung des ISP (Integriertes Semester Praktikum), und eine intensivere Begleitung während des Studiums nachzubessern. Aber der Ball liegt jetzt klar beim Kultusministerium: Es muss erforscht werden, wann und warum nach Abschluss des Lehramtsstudiums in Baden-Württemberg zu viele Lehrkräfte verloren gehen. Hat es etwa doch mit Bezahlung, mit Arbeitslosigkeit, mit den Rahmenbedingungen des Vorbereitungsdienstes und der Einstellungen oder den Arbeitsbedingungen an den baden-württembergischen Schulen zu tun? Das Kultusministerium ist gut beraten, eine entsprechende Studie in Auftrag zu geben und gezielt gegenzusteuern. Schnellstmöglich. Wir haben keine Zeit zu verlieren.

Im Oktober beginnt die **Tarif- und Besoldungsrunde** für die Landesbeschäftigten. Wir hoffen, dass wir bis Dezember ein gutes Ergebnis haben. Für uns geht es darum, den erheblichen Kaufkraftverlust der letzten Jahre auszugleichen. Auch in der Tarifrunde wird es sich zeigen, wie es um die Wertschätzung der Lehrkräfte bestellt ist. Zuerst geht es um die etwa 10.000 Tarifbeschäftigten, wir werden fordern, dass das Ergebnis der Tarifrunde auf die verbeamteten Lehrkräfte zeit- und wirkungsgleich übertragen wird. Und bei den tarifbeschäftigten Lehrkräften, von denen immer mehr eingestellt werden, könnte die Landesregierung mit Zulagen arbeiten, bis unsere Forderung „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ auch tarifrechtlich umgesetzt ist.

A 13 / E 13 für alle Grund- und Hauptschullehrkräfte, nicht nur für die neu eingestellten Kolleg*innen in Haupt- und Werkrealschulen, ist eine Selbstverständlichkeit. Ich erwarte, dass die Landesregierung endlich bei der Umsetzung aus dem Knick kommt, auch um die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 13 anderen Bundesländern und der Schweiz einigermaßen zu gewährleisten.

Das Land ist das einzige Bundesland, das Lehrkräfte an Haupt-/Werkrealschulen so schlecht bezahlt. Bei Grundschulen gibt es nur noch drei Länder, die nicht A 13 / E 13 zahlen bzw. demnächst zahlen werden: Baden-Württemberg ist eines davon.

Wir wissen, dass jedes Jahr nur etwa ein Drittel der Lehrkräfte gesund und im Dienst das Ruhestandsalter erreicht. Daher regen wir an, wie Brandenburg eine deutliche Erhöhung der **Altersermäßigung** ins Auge zu fassen. Dort sollen Lehrkräfte über 55 zehn Stunden ihres Deputats Altersermäßigung bekommen. Ziel ist es, die Zahl derjenigen, die bis zum Ruhestand durchhalten können, in die Höhe zu schrauben. Diese Maßnahme bedeutet auch Wertschätzung für das, was tagtäglich über Jahrzehnte in den Klassenzimmern geleistet wird.

Ebenso gibt es die Möglichkeit mit **Prämien** oder **kreativen Anreizen** für wenig begehrte Regionen Lehrkräfte anzuwerben – auch hier sollten wir ins Gespräch gehen, liebe Frau Schopper.

II. Situation an den Schulen

Was brauchen unsere Schulen aktuell? Bei der Anhörung zur Enquete-Kommission krisenfeste Gesellschaft habe ich hier im Haus darauf hingewiesen, dass unsere Schulen alles andere als krisenfest sind. Die Ursachen sind die mangelnde Personalausstattung, der Zustand der Schulen sowie der Stand der Digitalisierung:

Während der letzten Jahre fiel schmerzlich auf, in welchem schlechtem Zustand unsere **Schulgebäude** sind, besonders, was Arbeits- und Gesundheitsschutz vor Ort betrifft. Luftreinigungssysteme wurden vom Umweltbundesamt bereits 2017 gefordert, um die schlechte Luftqualität zu verbessern. Einige Schulträger haben vorbildlich gehandelt und sie für alle Schulen angeschafft, viele sind langsam, zu langsam, unterwegs. Die sanitären Einrichtungen sind oft in unwürdigem Zustand. Der Klimawandel macht erforderlich, dass Schulräume und auch Außenbereiche für Hitzeperioden und für Starkwetterlagen gerüstet werden, um unseren Schüler*innen und allen am Schulleben beteiligten Erwachsenen in Zukunft einen gesunden Aufenthalt zu ermöglichen.

Übrigens sind der Zustand der Gebäude und die Ausstattung der Schulen Faktoren, mit denen junge Menschen für den Beruf als Lehrkraft motiviert werden können. Viele Arbeitgeber*innen bieten den jungen Menschen wesentlich mehr, als es an Schulen möglich ist.

Dass seit 2022 zehntausende **geflüchtete Kinder und Jugendliche** aus der Ukraine und zeitgleich weiterhin aus aller Welt ankommen, hat die überlasteten Schulen zum Teil kalt erwischt. Die Solidarität ist riesig, wofür ich allen Beteiligten sehr dankbar bin. Aber der Mangel an qualifizierten DaZ-Lehrkräften und an Schulräumen macht sich schmerzlich bemerkbar. Alle Schulen, in denen Vorbereitungsklassen oder VAB-O-Klassen eröffnet wurden oder geführt werden, brauchen eine ausreichende Ausstattung, damit die zu uns geflohenen Kinder und Jugendlichen in Sicherheit und unter akzeptablen Rahmenbedingungen ankommen und lernen können. Weiterhin sind Dauerstellen für die Lehrkräfte notwendig, die in Vorbereitungsklassen eingesetzt werden. Wir brauchen mehr Fortbildungen in Deutsch als Zweitsprache und Traumapädagogik. Wenn hier Einstellungsmöglichkeiten für Menschen geschaffen werden, die die notwendigen Qualifikationen mitbringen, würde das unser System entlasten. Das Land hat in Bezug auf dieses Thema viel geleistet. Das muss nun verstetigt werden.

Ähnliches gilt für die **Digitalisierung**: Die Corona-Pandemie hat allen vor Augen geführt, dass die Digitalisierung im Bildungsbereich seit Jahren verschlafen wurde. In der Krise wurden durch den Einsatz und die Kreativität vieler engagierter Kolleg*innen individuelle Lösungen gefunden. Nun ist es die Aufgabe, flächendeckend ein praxisorientiertes und zukunftsfähiges Gesamtsystem zu etablieren. Gemeinsam müssen Lösungen gefunden werden, denn aktuell ist die Finanzierung der digitalen Infrastruktur der Schulen und ihre Betreuung weiterhin ein Zankapfel zwischen dem Land und den Schulträgern. Überall gewinnen digitale Prozesse an Bedeutung – und wir stehen in der Bildungspolitik gefühlt noch immer am Anfang der Entwicklung.

Auf den Anfang kommt es an. Dieser Slogan hat die Grünen durch etliche Landtagswahlkämpfe getragen und ihre bildungspolitischen Ziele während der Wahlkämpfe gekennzeichnet. Davon ist leider in der Umsetzung nicht viel zu spüren: Die **Grundschule** ist die einzige Schulart ohne Poolstunden, die für Förderunterricht oder ähnliches notwendig wären. Einziges Gegenargument: Die Kosten. Stattdessen kam das Kultusministerium im vergangenen Schuljahr im gefühlten Zwei-Wochen-Takt mit neuen Maßnahmen um die Ecke, die bessere Lernerfolge in der Grundschule möglich machen sollten. In der Sache sind diese Maßnahmen meist richtig. Aber eine überlastete Schulart kann nicht permanent neue Projekte aufgetragen bekommen, während keine Zeit für die Umsetzung der vorherigen bleibt, für Fortbildungen oder – so drastisch muss ich es sagen – um einfach mal auf die Kinder zu schauen.

Unsere Forderung ist, die Grundschulen zu keinen neuen Verfahren zu verpflichten, um Zeit zu schaffen, den Unterricht inhaltlich in Ruhe aufzustellen und die pädagogischen Herausforderungen mit didaktischen Begleitmaßnahmen zu unterfüttern, um möglichst gute Lernerfolge bei den Kleinen zu ermöglichen. Erst wenn unabhängig evaluiert und nachgewiesen wurde, dass neue Verfahren zu mehr Lernerfolgen führen, sollten sie verpflichtend eingeführt werden. Nicht vorher. Um Schulleitungen zu entlasten, die immer noch unter der Überlastung seit Corona leiden, sollte für jedes neue Verfahren, das Schulen einführen sollen, ein altes gestrichen werden. Sonst organisieren sich unsere Schulen irgendwann kaputt, ohne dass irgendetwas bei den Schüler*innen ankommt. Wir brauchen keine Projektitis, sondern eine stabile Grundversorgung der Schulen mit Lehrkräften und multiprofessionellen Teams.

In der Sonderpädagogik, das bedeutet in **SBBZ** und der **Inklusion**, fehlen sicher 25 Prozent der notwendigen Lehrkräfte, auch wenn schon viele Menschen ohne Lehramtsausbildung für die Unterrichtsversorgung fest eingeplant sind. So kann der Bildungsanspruch der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen, aber auch der Bildungsanspruch aller in Inklusion beschulten Schüler*innen nicht ausreichend gewährleistet werden. Die Landesregierung ist gefordert, genügend Geld in die Hand zu nehmen, um einen qualitativ ausreichenden Unterricht garantieren zu können.

Eine kleine Erinnerung: Im Koalitionsvertrag war von Doppelbesetzung in der Inklusion die Rede, das heißt, jeweils eine Lehrkraft für Sonderpädagogik und eine Lehrkraft der verorteten Schule unterrichten alle Stunden gemeinsam. So könnte Inklusion gut gelingen. Wir brauchen daher langfristig mehr als die bisherigen Studienplätze für Sonderpädagogik – auch mit den 175 neuen Studienplätzen, die demnächst in Freiburg besetzt werden können, sind nicht ausreichend Plätze für die Deckung des Bedarfs vorhanden.

Haupt- und Werkrealschulen begleiten ihre Schüler*innen, die oft keinen leichten Start ins Leben hatten, kompetent und wertschätzend. Berufsorientierung wird großgeschrieben und ermöglicht einen guten Start ins Leben nach der Schule.

In den **Realschulen** wird auf eine Berufsausbildung oder auf eine weiterführende Schule vorbereitet. Hier ist eine Umgestaltung der Orientierungsstufe überfällig, damit die Kinder ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten entsprechend lernen können.

Seit 11 Jahren bereichern die **Gemeinschaftsschulen** die Bildungslandschaft in Baden-Württemberg und Lehrkräfte ermöglichen mit viel Einsatz Kindern und Jugendlichen ein individuelles und selbstbestimmtes Lernen. Um den Lehrkräften ihre Arbeit auf Dauer und gesund zu ermöglichen, sind die Coachingstunden im Deputat so umzusetzen, wie es der Koalitionsvertrag vorsieht. Sonst arbeiten die Lehrkräfte an dieser Schulart auf Dauer über ihre Kräfte hinaus und fallen früher oder später aus.

Gymnasien sind derzeit im Fokus der Landespolitik, auch wenn im Koalitionsvertrag vorgesehen war, in dieser Legislatur keine Strukturdebatten zu führen. Eine Debatte, ob es zurück zu G 9 gehen soll, ist in unseren Augen deutlich zu kurz gegriffen. Wir erwarten eine erweiterte Diskussion um eine Neuaufstellung, die neben dem zeitlichen Aspekt beispielsweise die Weiterentwicklung der Lernkultur oder die Einführung von Lernzeit für interdisziplinäre, fächerübergreifende Forschungen an gesellschaftlich relevanten Zukunftsthemen beinhaltet. *In Ihren Unterlagen finden Sie dazu weitere Informationen unserer Landesfachgruppe Gymnasien.*

Auch in den **Beruflichen Schulen** spitzt sich der Lehrkräftemangel immer weiter zu. Die Schulen haben in ihrer Vielfalt mit Herausforderungen zu kämpfen, die zum Teil neue Lösungswege erforderlich machen, welche die Kolleg*innen mit großem Gestaltungswillen angehen. Geflüchtete

Jugendliche ab 15 Jahre, die unter die Ersatz-Berufsschulpflicht fallen, werden vorrangig an Beruflichen Schulen unterrichtet, die sowohl räumlich als auch personell an Kapazitätsgrenzen stoßen. Im letzten Schuljahr hat sich die Zahl der dafür benötigten Klassen um etwa ein Drittel erhöht, etwa 200 Deputate werden alleine dafür benötigt. Dies muss Vorrang haben in der Kapazitätsplanung.

Notwendig ist zudem eine Ausweitung der Beruflichen Orientierung an allen allgemeinbildenden Schulen. Sinnvoll wären beispielsweise Modelle, die die Beruflichen Schulen in die Berufsvorbereitung mit einbeziehen. Diese bieten mit ihren Werkstätten und der Breite der Angebote die Möglichkeit, in relativ kurzer Zeit eine Vielfalt an Berufen vorzustellen.

Schulübergreifend ist in diesen Zeiten besonders deutlich, wie wichtig **Demokratiebildung** für unsere Gesellschaft ist. Die Befähigung junger Menschen zum reflektierten Urteilen über gesellschaftliche Fragen und zum selbstbestimmten Eintreten für Menschenrechte, Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden ist Grundaufgabe der schulischen Bildung – und das Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Deshalb brauchen wir eine Stärkung der Gesellschaftswissenschaften. Unsere Gesellschaft ist auf aufgeklärte, gebildete und standhafte Demokrat*innen angewiesen!

Als GEW vertreten wir alle Bildungsbereiche. Wichtig ist uns deshalb: Die Schullandschaft muss als **Gesamtheit** in den Blick genommen werden. Die Landesregierung ist in der Pflicht, zu gewichten, wo der erste, der dringendste, der größte Handlungsbedarf besteht, wenn nicht genügend Geld für alles da ist – und dann muss sie endlich genügend finanzielle Mittel in die Hand nehmen, um die Qualität der Bildung in Baden-Württemberg insgesamt zu verbessern. Die GEW bleibt weiter bei der Position, dass in der aktuellen Situation die Schuldenbremse keinen Sinn macht und wir eine andere Steuerpolitik für ausreichende Investitionen in Bildung brauchen.

III. Ganztag und Bildungsgerechtigkeit

Die Bundesebene hat die nächste große strukturelle Herausforderung für unser Schulsystem festgelegt: Alle Schüler*innen in Grundschulen müssen bis 2026 ein **Ganztagsangebot** bekommen. Die Ganztagschule ermöglicht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und entlastet Erziehungsberechtigte, die sich auf eine ganztägige Betreuung ihrer Kinder im Grundschulalter verlassen können. Ebenso können Ganztagsangebote zu besseren Leistungen von Kindern und Jugendlichen beitragen. Wenn wir ernsthaft mehr Bildungsgerechtigkeit oder Chancengleichheit erreichen wollen, so kommen wir an Ganztagsgrundschulen nicht vorbei. Solche Angebote ermöglichen den Ausgleich gesellschaftlich verursachter Bildungsungerechtigkeit. Zumindest dann, wenn sie mit der notwendigen Qualität umgesetzt werden. Für uns ist selbstverständlich, dass eine gebundene Ganztagsgrundschule das Mittel der Wahl sein sollte. Nur so kann ein rhythmisierter Ganztag stattfinden und können, wenn auch der Schulträger seine Verantwortung wahrnimmt, die verzahnten Angebote von Schule und Jugendhilfe allen Kindern zu Gute kommen.

Die anspruchsvolle Umsetzung des Ganztags ist eine Herausforderung für die Kommunen als Schulträger der Grundschulen, denn der Fachkräftemangel ist auch im Bereich Erzieher*innen enorm. Um eine qualifizierte und hochwertige Ganztagsbetreuung möglich machen zu können, brauchen wir viele Erzieher*innen – die aber auch in unseren Kitas dringend benötigt werden. Wir warnen: In einem komplexen Prozess wie dem Ausbau der Ganztagsgrundschule müssen alle am Schulleben Beteiligten mitgenommen werden, damit die neu aufgestellten Schulen nicht von vornherein mit strukturellen Defiziten belastet sind. Wir regen zudem an, dass alle Beteiligten der Schulträgerschaft des 21. Jahrhunderts gemeinsam über Maßnahmen nachdenken, die dem unschätzbaren Wert von Ganztagsgrundschulen gerecht werden.

IV. Schulleitung- und Schulentwicklung

In Baden-Württemberg bleiben viele **Schulen ohne Leitung**. Laut einem kürzlichen Bericht sind 5,9 Prozent der Schulen ohne reguläre Leitung. Besonders betroffen sind Grundschulen, an denen 7,5 Prozent der Stellen vakant sind und SBBZ, von denen 8,7 Prozent ohne Schulleitung sind. Aus Kostengründen wurde das Schulleitungsentlastungskonzept der ehemaligen Kultusministerin Susanne Eisenmann noch immer nicht vollständig umgesetzt. Kostengründe sind ein Argument, das ich an dieser Stelle nicht gelten lasse – die Anrechnungsstunden müssen erhöht werden und das Entlastungskontingent wieder eingeführt werden, damit alle Schulen endlich reguläre Leitungen erhalten. Nur so kann Schulentwicklung vorangetrieben werden, kann die Personalverantwortung und der große organisatorische Aufwand, den Schule bedeutet, geleistet werden.

Land und Schulträger sind gemeinsam gefordert, die **Schulleiter*innen endlich noch mehr zu entlasten**, indem sie Schulsekretariate besser ausstatten sowie Schulverwaltungsassistenzen in allen Schulen einrichten. Kleine Schulen können dabei im Verbund gedacht werden. Lesen Sie dazu gerne den Artikel in unserer neuesten Ausgabe der Mitgliederzeitschrift b&w, die Sie in Ihrer Pressemappe finden.

Im Bereich Schulentwicklung ist die Einführung der **datengestützten Qualitätsentwicklung** das wichtigste Projekt dieser Landesregierung. Das ambitionierte Ziel: Möglichst alle Schüler*innen sollen die Mindeststandards in Deutsch und Mathematik erfüllen und möglichst viele Schüler*innen sollen optimale Ergebnisse erreichen. Mit Hilfe von Daten soll der Handlungsbedarf für passgenaue Maßnahmen erfasst werden. In der Sache ist dieser Ansatz sinnvoll; zur Umsetzung fehlen allerdings die Voraussetzungen: Wenn ich möchte, dass alle Schulen die Chancen der datengestützten Qualitätsentwicklung nutzen, sollte ich die Bedingungen schaffen, mit denen Schulleitungen und Kollegien sich inhaltlich auf den Weg machen können. Neben den inhaltlichen Kenntnissen ist die

Haltung aller Beteiligten eine notwendige Bedingung für das Gelingen. Nur partnerschaftlich ist die Umsetzung durch Schulverwaltung, Schulleitungen und Lehrkräfte möglich und kann eine reale Verbesserung an den Schulen erreicht werden. Dazu muss auch die Ressourcenfrage für alle Beteiligten geklärt werden; ressourcenneutral lässt sich so ein Vorhaben nicht erfolgreich umsetzen.

Ähnliches gilt auch für andere Vorhaben des ZSL und des IBBW – auch gute Instrumente, die besten Vorhaben bringen nichts, wenn die Schulleitungen und die Lehrkräfte so überlastet sind, dass sie die Umsetzung nicht bewältigen können. Schulentwicklung muss vom Ende, vom Ergebnis her, gedacht werden. Und wenn ein neues Projekt dazu kommt, dann muss ein altes wegfallen können. Denn Entwicklung braucht Zeit, Ressourcen und gemeinsame Planung.

Mit diesen Stichworten bin ich wieder am Anfang meines Statements, bei den gesellschaftlichen Krisen, den Fragen und den Handlungsaufforderungen, die sich daraus für die Bildungspolitik ergeben. Meine Bewertung der Arbeit dieser grün-schwarzen Landesregierung kann heute nur kritisch sein:

Im Bildungsbereich zu zögerlich, gute und in anderen Bundesländern bereits bewährte Maßnahmen werden groß angekündigt und gefeiert. Eingeführt werden sie bei uns aber als kleine Modellprojekte, die über etliche Jahre, also bis in die nächste Legislaturperiode erprobt werden. Ich denke hier an die sozialindexbasierte Ressourcenverteilung, an multiprofessionelle Teams, an duale Lehramtsausbildung – alles groß angekündigte Vorhaben, die jetzt als Mini-Projekte gestartet werden. So vergeht zu viel Zeit, ohne dass sich an den Schulen etwas ändert. Gut für die Bildung ist das nicht. Mutig ist das nicht.

Eine Landesregierung, der Bildung ein Herzensanliegen ist, würde anders handeln. Sie würde gerade in der derzeitigen Situation in Bildung investieren; sie würde eine grundsätzliche Diskussion über unser Bildungssystem und die Schule der Zukunft initiieren. Gerne gebe ich dem Kultusministerium als Signal den Slogan, mit dem die GEW in den nächsten Jahren an den Schulen präsent sein wird:

Bildung.

Mutig.

Los!

Ich wünsche allen am Schulleben Beteiligten einen guten Start ins neue Schuljahr: Freude am Lernen, Entdecken von Neuem, viele gute Begegnungen, genug Zeit und Gelegenheit für Austausch, Neugierde und Spaß und vor allem eine stabile Gesundheit!

Weiterführende Links und Informationen:

Lehrkräftebedarfsprognose BW (2022): www.gew-bw.de/lehrerbedarfsprognose2022

15 Punkte gegen Lehrkräftemangel (bundesweit): <https://www.gew.de/15-punkte-gegen-lehrkraeftemangel>

Umsetzung A13/E13 Grundschule: <https://www.gew.de/ja13/a13-stand-der-dinge>

Thema Schulverwaltungsassistenten: <https://www.gew-bw.de/mitgliederzeitschrift-bw>

GEW-Elternjahrbuch: <https://www.gew-bw.de/aktuelles/detailseite/gew-unterstuetzt-eltern>

GEW-Podcast, u.a. zum Thema „Zukunft gymnasiale Bildung“: <https://www.gew-bw.de/podcast>

Enquete krisenfeste Gesellschaft: <https://www.gew-bw.de/aktuelles/detailseite/wir-reden-gerne-ueber-moegliche-loesungen>

Werbekampagne Kultusministerium: <https://www.gew-bw.de/aktuelles/detailseite/bessere-bildungspolitik-und-arbeitsbedingungen-sind-die-beste-werbung>

Bestellen Sie gerne das GEW-Jahrbuch zu allen Themen rund um Schule (1.000 Seiten) kostenlos bei: presse@gew-bw.de